

Petra Pau

- (A) dann frage ich die Bundesregierung: Warum holen Sie so viel Unglück in unser Land?

(Beifall bei der LINKEN)

Die Unionsparteien wollen seit langem die Bundeswehr im Innern einsetzen, und sie setzen dabei auch auf so etwas wie Gewohnheitsrecht. Selbst bei sogenannten Sicherheitskonferenzen, die von Rüstungskonzernen organisiert werden, sichert die Bundeswehr rechtswidrig die Logistik. Anders gesagt, der einfache Steuerzahler finanziert die Rüstungslobby. Das ist inzwischen Usus, und das ist für die Linke nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der LINKEN)

Verteidigungsminister Jung hat wiederholt, er werde von Terroristen entführte Passagierflugzeuge abschießen lassen. Das wollten schon damals SPD und Bündnis 90/Die Grünen, bis das Bundesverfassungsgericht entschied: Niemand darf Gott spielen und Menschenleben gegen Menschenleben aufwiegen. Minister Jung will es dennoch. Ich finde, das offenbart ein gefährliches Rechts-, aber auch Religionsverständnis der CDU.

Es ist übrigens nicht das erste Mal, dass Bundesregierungen Urteile hoher Gerichte – wie der Berliner sagt – wurscht finden. Das Bundesverwaltungsgericht hat im Jahre 2005 festgestellt, dass Deutschland sehr wohl am völkerrechtswidrigen Krieg der USA gegen den Irak beteiligt ist. Was macht die Bundesregierung bis heute mit diesem Urteil? Sie ignoriert es. Wer so mit Recht und Gesetz umspringt, darf sich über eine allgemeine Verrohung der Sitten nicht wundern.

- (B) (Beifall bei der LINKEN)

Innenminister Schäuble will beharrlich Computer klammheimlich online überwachen lassen. Auch das ist ein Angriff auf verbrieft Grundrechte; er weiß das. Herr Minister, hätte ich nicht ein gestörtes Verhältnis zu dieser Behörde, so würde ich sagen: Wolfgang Schäuble ist ein typischer Fall für den Verfassungsschutz.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich gebe zu, Herr Minister: Sie sind intelligent. Sie lenken den Fokus auf die Onlineuntersuchung, und ganz nebenbei forcieren Sie den größten Umbau in der Geschichte der Bundesrepublik, weg vom demokratischen Rechtsstaat hin zum präventiven Sicherheitsstaat. Sie setzen dabei auf die SPD, denn nie war die Koalition so groß und damit offensichtlich auch die Versuchung, einen Pakt mit dem Teufel zu schließen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, da die Union teuflisch entschlossen zu sein scheint, kann ich an Sie nur appellieren: Verweigern Sie sich, und helfen Sie, das Grundgesetz zu schützen!

Ganz in diesem Sinne wird es übrigens am Sonnabend in Berlin eine bundesweite Demonstration geben. Ich lade Sie alle dazu ein. 14.30 Uhr am Brandenburger Tor: Gegen Überwachung und Datenklau, für Freiheit und Bürgerrechte. – Ich werde jedenfalls dabei sein.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Wenn

Sie mich bitte entschuldigen wollen, Frau Kollegin!) (C)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe das Wort dem Kollegen Clemens Binninger, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Clemens Binninger (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Vor etwa zweieinhalb Wochen hat – es wurde schon angesprochen – der Chef der Atomenergiebehörde, al-Baradei, gesagt, seine größte Sorge sei, dass Terroristen mit radioaktivem Material eine schmutzige Bombe zünden könnten. Gab es darauf Empörung oder andere Reaktionen? Nein. Hat sich die FDP oder haben sich die Grünen irgendwie empört? Nein. Gab es eine medial aufgeblasene Debatte über die Unsinnigkeit dieser Behauptung? Nein.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die war ja auch nicht unsinnig!)

Wolfgang Schäuble hat vor vier Tagen in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* genau das Gleiche gesagt. Daraufhin haben Grüne und FDP ihre Empörungsmaschine eingeschaltet und Betroffenheit geheuchelt. Das ist nicht nur scheinheilig, sondern in hohem Maße auch unglaubwürdig.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: So groß ist unsere Maschine gar nicht!) (D)

Ich würde mir wünschen, dass Sie sich etwas mehr der Sicherheitslage widmen, statt sich intensiv nur mit den Interviews des Ministers auseinander zu setzen.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da bleibt uns doch nichts anderes übrig! Dann untersagen Sie es ihm doch mal!)

Dass Deutschland innerhalb der letzten zwölf Monate nur zweimal knapp einem verheerenden Anschlag entgangen ist, das kommt bei Ihnen nicht vor.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Im Gegenteil!)

Dass die drei Attentäter, die vorletzte Woche festgenommen wurden, mehr als eine halbe Tonne Sprengstoff an belebten Orten zünden wollten, das kommt bei Ihnen nicht vor. Dass es in Deutschland unverändert mehr als 100 sogenannte Gefährder gibt, die eine permanente Bedrohung für unser Land sind, die sich sehr konspirativ verhalten, die modernste Technik benutzen, die sich abschotten, das alles kommt bei Ihnen nicht vor. Sie von FDP und Grünen blenden die Sicherheitspolitik in Ihren Debatten völlig aus und konzentrieren sich stattdessen auf Polemik gegenüber dem Innenminister.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach was!)

Das ist nicht nur unanständig, sondern auch schädlich für die Sicherheit unseres Landes.

Clemens Binninger

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Meinen Sie nur uns, oder meinen Sie auch die SPD?)

Herr Kollege Körper, man kann über Interviews natürlich immer unterschiedlicher Meinung sein, aber eines, glaube ich, muss klar sein: Es ist die Pflicht und die Aufgabe eines Innenministers, auf die Sicherheitslage und die Bedrohungslage sowie die damit verbundenen Herausforderungen hinzuweisen.

(Fritz Rudolf Körper [SPD]: Aber fakten-gerecht!)

Es ist eben nicht so, dass die Bedrohungslage seit dem 11. September unverändert wäre. Sie hat sich gewandelt. Die Bundesrepublik ist von einem Ruhe- und Rückzugsraum zu einem Anschlagziel geworden. Das Täterprofil hat sich gewandelt. Madrid und London, daran sieht man: Die Vorgehensweise wird hemmungsloser, brutaler. Die Abschottung nimmt zu, und das Handeln wird immer konspirativer. Neue Technik wird eingesetzt. All das hat sich gewandelt.

Es ist die Aufgabe und die Pflicht von Minister Schäuble – ich bin ihm dankbar dafür, dass er ihr nachkommt –, dies zu benennen und zu sagen, was wir tun müssen, wenn wir die Sicherheit der Menschen in unserem Land gewährleisten wollen, und wir wollen das.

(Beifall bei der CDU/CSU – Klaus Uwe Benneter [SPD]: Wenn er das nur täte!)

- (B) In diesem Zusammenhang ist die heutige Debatte eine gute Gelegenheit, einmal darauf hinzuweisen, wo sich die FDP und teilweise auch die Grünen in den letzten Jahren bei notwendigen sicherheitspolitischen Maßnahmen immer wieder verweigert haben. Die Einrichtung eines Antiterrorzentrums – dies trifft nicht die Grünen –: Die FDP hat dagegen gestimmt. Mehr Befugnisse zur Informationsbeschaffung für die Sicherheitsbehörden, vor einem halben Jahr beschlossen: Die FDP hat dagegen gestimmt. Die überfällige Antiterrordatei: Grüne und FDP haben dagegen gestimmt.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die wollten wir anders, das wissen Sie!)

So ließe es sich fortsetzen. Überall, wo wir etwas für die Sicherheit unseres Landes tun, blenden sich FDP und Grüne aus. Das ist fahrlässig und unverantwortlich.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bei der FDP hat dies ja ein bisschen Tradition. Viele werden sich daran erinnern, wie sehr die FDP den großen Lauschangriff politisch bekämpft hat. Seinerzeit gab es sogar einen Rücktritt; den Namen habe ich vergessen.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das ist aber ungalant!)

Heute sind wir froh, dass wir dieses Instrument für unsere Sicherheitsbehörden haben. Ohne den großen Lauschangriff, den die FDP bekämpft hat, wären die Sicherheitsbehörden nicht in der Lage gewesen, die Anschläge zu ver-

hindern. Gott sei Dank haben wir dieses Instrument, das die FDP verhindern wollte. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Aber das Verfassungsgericht gibt es auch noch, ja?)

Wir müssen uns über eines im Klaren sein: Die große Mehrheit der Bevölkerung in diesem Land möchte, wenn es um die Bekämpfung des Terrorismus geht, einen starken Staat. Die Große Koalition will das auch.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Aber nicht alle!)

FDP und Grüne wollen es offensichtlich nicht. Sie schüren Misstrauen, sie polemisieren gegen den Innenminister; aber vernünftige Vorschläge für die Sicherheit unseres Landes kommen von ihnen beiden nicht. Das ist die Botschaft der heutigen Debatte.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU – Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ganz falsch! – Michael Hartmann [Wackernheim] [SPD]: Viel Spaß mit Schwarz-Gelb!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Silke Stokar für Bündnis 90/Die Grünen.

Silke Stokar von Neuforn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wäre die Situation in Deutschland nicht so ernst – wir haben ja eine reale Bedrohung durch Terrorismus –, könnte man über einen Teil der innenpolitischen Debatte, die hier im Plenum so offen geführt wird – im Innenausschuss läuft sie viel schlimmer ab –, durchaus amüsiert sein. (D)

Herr Binninger, Sie haben uns vorgeworfen, wir würden die Sicherheit nicht ernst nehmen. Ich möchte Ihnen sagen: Zwei in Deutschland geplante Terroranschläge wurden auf der Grundlage der unter Rot-Grün geschaffenen Sicherheitsgesetze verhindert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Genau die Gesetze, die damals unaufgeregt, unter Achtung der Verfassung,

(Clemens Binninger [CDU/CSU]: Unaufgeregt? Sie und Otto Schily unaufgeregt? Ganz neue Erkenntnisse!)

ohne Schüren von Ängsten und in Einigkeit der Koalition geschaffen wurden, waren die Grundlage für die Erfolge der Sicherheitsbehörden, über die wir alle froh sind.

Herr Bundesinnenminister Schäuble, ich empfinde es als merkwürdig, was Sie hier seit einiger Zeit abziehen. Einerseits werfen Sie uns an jedem Wochenende über die Sonntagszeitungen Brocken hin und freuen sich darüber, wie es Ihnen mit den Interviews gelingt, zum einen die SPD vor sich her zu treiben und zum anderen